

## 15. Sitzung

des Schulausschusses der Stadt Bergneustadt  
in der Begegnungsstätte Krawinkel-Saal, Kölner Str. 260

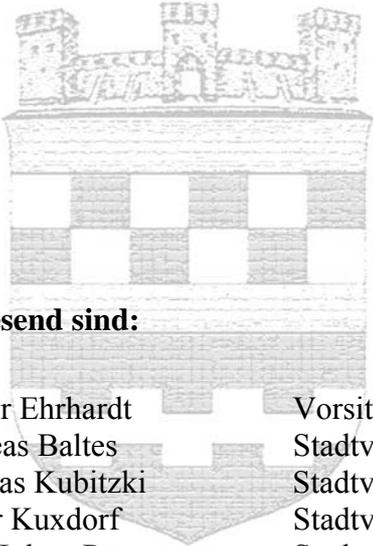
Sitzungstag

11.02.2014

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 19:00 Uhr

**Anwesend sind:**



Holger Ehrhardt	Vorsitzender
Andreas Baltes	Stadtverordneter
Thomas Kubitzki	Stadtverordneter
Dieter Kuxdorf	Stadtverordneter
Jens Holger Pütz	Stadtverordneter
Heike Schmid	Stadtverordnete
Reinhard Schulte	Stadtverordneter
Hermann Josef Feck	Sachk. Bürger
Bertold Grütz	Sachk. Bürger
Daniel Grütz	Sachk. Bürger
Björn Löbbert	Sachk. Bürger

**Vertreter der Schulen**

Dr. Jörg Barke	Gymnasium
Günter Dürr	Hauptschule
Matthias Greven	GGs Wiedenest
Gabriele von Blücher	GGs Bursten
Ralf Zimmermann	Realschule

**Vertreter der Kirchen**

Peter Rothausen	Kath. Kirche
Pfarrer Matthias Weichert	Ev. Kirche

**von der Verwaltung:**

BM Gerhard Halbe  
Stadtamtsrätin Claudia Adolfs

Stadtoberverwaltungsrat Johannes Drexler  
Stadtoberinspektor Frank Jesse

**Gäste:**

Angelika Freund, Schulrätin für den Primarbereich beim Oberbergischen Kreis

**Es fehlt:**

Hildegard Bins, KGS



**Tagesordnung**

**15. Sitzung des**

**Schulausschusses der Stadt Bergneustadt**

**am 11.02.2014**

<b>TOP</b>	<b>Beschluss- Vorl.-Nr.</b>	<b>Bezeichnung des Tagesordnungspunktes</b>	<b>Seite</b>
<b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>			
1.	1272/2014	Gemeinsamer fraktionsübergreifender Antrag zur Schulentwicklung im Primarbereich vom 30.01.2014	3/4
1.1.	1270/2014	Schulentwicklung im Primarbereich	4-6
2.		Mitteilungen	
2.1.	1271/2014	Schulabgängerstatistik mit Ablauf des Schuljahres 2012/2013	6/7
3.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	7/8

Vorsitzender Ehrhardt begrüßt die zahlreich erschienenen Anwesenden und bekundet die Absicht, vor dem Beginn der ordentlichen Sitzung des Schulausschusses dem Elternvertreter der Katholischen Grundschule die Möglichkeit einzuräumen, eine entsprechende Stellungnahme zu den anstehenden Tagesordnungspunkten 1. bzw. 1.1. abgeben zu können und übergibt das Wort an die Elternpflegschaft der KGS.

Frau Becker führt aus, dass das in Artikel 8 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen verankerte Recht auf Schulwahlfreiheit und damit auch die Möglichkeit auf eine bekenntnisgeprägte Beschulung aufrecht erhalten werden sollte, um dem Elternwillen gerecht zu werden. Die Pluralität des Bildungsangebotes, einhergehend mit einer Pädagogik der Vielfalt, sollte unterstützt werden, damit der Schulstandort Bergneustadt weiterhin attraktiv bleibt.

In den vergangenen Sitzungsterminen wurde jedoch von den Vertretern der KGS wahrgenommen, dass weder eine Gleichbehandlung des Elternwillens für eine bekenntnisgeprägte Beschulung im Gegensatz zur freien Schulwahl aufgrund der offenen Schulbezirksgrenzen stattfindet, noch die Einrichtung einer Verbundschule von den Entscheidungsträgern ernsthaft in Betracht gezogen wurde, was sehr enttäuschend ist. Dabei sei laut Frau Becker nur das Argument der Bildung einer moslemischen und christlichen Klasse angeführt worden, während diese Befürchtung von ihr nicht geteilt wird, zumal die Klassenbildung durch das Anmeldeverhalten der Erziehungsberechtigten bestimmt wird, welches in der Vergangenheit ihrer Meinung nach keinen Anlass zur Besorgnis gab.

Ferner ist für die KGS-Vertreter nicht nachvollziehbar, warum bei einem Einzugsbereich für den Bursten worin gut 50 % der Bergneustädter Schüler/innen wohnen, nicht auch 50 % der Klassenzüge gebildet werden. Die Gefahr des Auspendelns auf der Suche nach einem adäquaten Ersatz sowie des damit verbundenen drohenden Verlusts der Schüler/innen für die weiterführenden Schulen in Bergneustadt wurde nach Ansicht von Frau Becker ebenfalls nicht in der Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Integration, führt Frau Becker aus, kann nicht übergestülpt werden, sondern muss langsam wachsen. Nur die Zeit für diesen Prozess wird der angestrebten Verbundschule von den Entscheidungsträgern verwehrt.

Abschließend appelliert Frau Becker, den Elternwillen für eine bekenntnisgeprägte Schulwahl zu respektieren und die Integration in einer Verbundschule gelingen zu lassen. Die Entscheidungsträger werden aufgefordert, den Schulstandort Bergneustadt zu stärken, die Traditionen zu erhalten und damit der Verantwortung für die Gestaltung der Stadt und der nachfolgenden Generationen gerecht werden.

Nach dem Vortrag wird durch Herrn Ehrhardt festgestellt, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Da sich Änderungen der Tagesordnung nicht ergeben, wird die 15. Sitzung eröffnet.

### **Öffentliche Sitzung**

#### **1. Gemeinsamer fraktionsübergreifender Antrag zur Schulentwicklung im Primarbereich vom 30.01.2014 1272/2014**

Herr Ehrhardt resümiert, dass in der Arbeitsgruppe, welche seit etwa einem Jahr regelmäßig tagt, und in der eine produktive und lösungsorientierte, aber dennoch

offene Diskussion über alle Parteigrenzen hinweg vorherrscht, alle Handlungsalternativen erörtert wurden, um die durch den erheblichen Schülerzahlenrückgang notwendig gewordene Neuorientierung der Schullandschaft in Bergneustadt umzusetzen. Wie bereits früher schon genannt, verfolgt die Arbeitsgruppe aus der Vielzahl an Möglichkeiten die Absicht, die Standorte Bursten (Stadtmitte), wie auch Wiedenest und Hackenberg langfristig aufrecht zu erhalten und aufgrunddessen zweizügig fortführen zu wollen.

Eine dreizügige Verbundschule am Standort Bursten, wie jetzt vielfach gewünscht, bedeutet jedoch, an einem anderen Standort eine dauerhafte Einzügigkeit festzulegen. Der zweizügige Grundschulverbund in der Stadtmitte ist für die Arbeitsgruppenmitglieder aufgrund der Heterogenität der Bevölkerungsstruktur nicht vorstellbar, da zu erwarten ist, dass in diesem Verbund eine bekenntnisgeprägte „christlich-deutsche“ Klasse sowie eine „nicht-christliche“ Klasse gebildet werden dürfte. Dies würde eher zu einer Separation, statt zu der allseits gewollten Integration beitragen.

Alternativ bestünde auch die Möglichkeit zur Bildung einer Bekenntnisschule in freier Trägerschaft durch die beiden großen Kirchen.

Insgesamt, so fasst Herr Ehrhardt zusammen, kann es in diesem Thema nicht jedem recht gemacht werden, jedoch wird versichert, dass die beteiligten Personen keine leichtfertigen Entscheidungen treffen und die Bedarfe aller Bergneustädter im Blick haben müssen. Er appelliert an alle Beteiligte, die Abstimmung ernst zu nehmen und nach den vergangenen Ereignissen, die zum Rücktritt von Frau Thamm geführt haben, in Zukunft wieder zu einer konstruktiven, sachlichen Zusammenarbeit zurückzufinden, um einen möglichst harmonischen Übergang zu ermöglichen.

Für alle Anwesenden wird der vollständige Wortlaut des gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrages zur Schulentwicklung vom 30.01.2014 laut verlesen. Zusätzlich wird auf die der Einladung beigelegte Beratungsvorlage 1270/2014 Bezug genommen.

## 1.1. **Schulentwicklung im Primarbereich 1270/2014**

Herr Pütz, selbst Mitglied in der Arbeitsgruppe, beklagt, dass der rechtzeitigen Einbindung der Öffentlichkeit nicht nachgekommen wurde und er daher dem Beschlussvorschlag des Antrages nicht folgen könne. Zusätzlich wird betont, dass sich das Schülerzahlenniveau im Schuljahr 2019/2020 auf gleicher Höhe befinden wird wie heutzutage.

Eine detaillierte Prüfung der zahlreichen Handlungsalternativen und gewissenhafte Entscheidung zur zukünftigen Schulstruktur hat, so D. Grütz, im Vorfeld stattgefunden, weswegen die KGS auch nicht „geschlossen“ wird, sondern jahrgangsweise auslaufen soll. So wird allen bisherigen Kindern die Möglichkeit eröffnet, die Schullaufbahn an der gewohnten Schule zu beenden. Der Grund für das Auslaufen der KGS ist jedoch nicht bekenntnisgebunden, sondern allein quantitativer Natur; dabei sind die Beteiligten bestrebt, allen Kindern eine Beschulungsmöglichkeit in den verschiedenen Ortsteilen zu bieten. Herr Grütz konstatiert auf die von ihm in der Vergangenheit gestellte Frage, was eine Verbundschule leisten kann, welches die GGS Bergneustadt nicht zu leisten imstande wäre, keine entsprechende Ant-

wort der befragten Vertreter. Somit ist der Aufbau bzw. das Aufrechterhalten von Parallelstrukturen weder zweckmäßig noch zielführend. Vielmehr sollten Benachteiligungen und daraus eventuell entstehende Gefahren für andere Standorte in dieser Diskussion vermieden werden und eine konstruktive Weiterarbeit in diesem Thema wieder Einzug halten.

Ebenfalls ihr Bedauern über den Rücktritt von Frau Thamm drückte Frau Schmid aus, deren langjähriges ehrenamtliches Engagement zu würdigen sei. Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Ehrhardt betont sie die Priorität in der Entscheidungsfindung, allen Bergneustädter Kindern in allen Ortsteilen eine erreichbare Grundschule zu bieten. So ist die skizzierte Vorgehensweise auch für die Politik eine „schmerzhaft“ Entscheidung, aber unabdingbar. Aufgrund des Respekts für die langjährige Arbeit aller Personen in der Schulgemeinschaft, mögen die Anwesenden dieses nicht als Entscheidung gegen die KGS verstehen.

Herr B. Grütz unterstreicht die auf unterschiedliche Weise mangelnde Heterogenität in den Schülerschaften der verschiedenen Grundschulen und stellt fest, dass diese Unterschiede die Arbeit in den anderen Schulen erschweren. Gerade aus pädagogischer Sicht ist eine Klassenbildung von leistungsstarken Kindern einerseits sowie vermeintlich leistungsschwächeren Schüler/innen andererseits nicht sinnvoll. Sollte diesen Unterschieden nicht entgegengetreten werden, ist eher mit zunehmenden Problemen zu rechnen, denn mit Abschwächungen. Zudem wird der von Herrn Pütz geäußerten Behauptung energisch entgegengetreten, die Entscheidungsträger hätten die Einbindung der Öffentlichkeit vernachlässigt, und verwahrt sich gegen diesen unrichtigen Vorwurf.

Nach Ansicht von Herrn Rothausen wird in den Gremien vielfach von „Separierung“ gesprochen, dabei außer Acht gelassen, dass 48 % der Schüler/innen an der KGS einen Migrationshintergrund hätten. Insbesondere wird aber kritisiert, dass dem Elternwillen zur Beschulung an der GGS Wiedenest nachgegeben wird, die Willensbekundung nach einer bekenntnisgeprägten Beschulung jedoch ignoriert wird. Daraus folgend stellt Herr Rothausen die Abgewogenheit in der Entscheidungsfindung infrage.

Dazu erwidert Schulrätin Freund, dass die Betrachtungsweise eines Migrationshintergrundes, welches die räumliche Herkunft des Kindes bzw. seiner Eltern ebenfalls berücksichtigt, viel stärker unter der Frage „Wird denn in der Familie deutsch gesprochen?“ zu berücksichtigen ist. Der Anteil dieses Personenkreises beträgt an der KGS lediglich 15 %, im Gegensatz zur GGS Bergneustadt mit einem Anteil von rd. 60 %. Eine Angleichung dieses Unterschiedes wäre der Integration dienlich.

Herr Rothausen bemängelt ferner, dass die eigentlich zukünftigen Nutzer, somit die Erziehungsberechtigten der derzeitigen Kindergartenkinder, hätten befragt werden müssen, um den konkreten Bedarf zu ermitteln. Auch stellt er fest, dass mit dem Grundschulverbund eine Schule beibehalten werden könnte, welches die Vielfalt aufrecht erhält und dem Elternwillen gerecht wird. Insgesamt dürfe die Debatte um die einzelnen Schulen in Bergneustadt nicht an bestimmten Personen festgemacht werden.

Stadtverordneter Schulte entgegnet dazu, dass die Vielfalt des Bildungsangebotes in erster Linie von der Schüleranzahl abhängt, welche in der Vergangenheit stetig zurückgegangen ist und in der Zukunft weiter zurückgehen wird.

In einer zukünftigen GGS Bergneustadt, prognostiziert Frau Schmid, wird die bekenntnisgeprägte Erziehung unter Beteiligung der kirchlichen Institutionen einziehen müssen und dort ihren entsprechenden Raum finden. Insofern wird sich die

GGS auch nach der beabsichtigten Auflösung der KGS in einem Veränderungsprozess befinden und eine andere Schule wie derzeit sein.

Der Schulausschuss empfiehlt gemäß des gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrages vom 30.01.2014 (Vorlage Nr. 1272/2014) den nachfolgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergneustadt beschließt das jahrgangswise Auslaufen der katholischen Grundschule, beginnend ab dem Schuljahr 2015/2016.

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, keine Enthaltung

## 2. Mitteilungen

### 2.1. Schulabgängerstatistik mit Ablauf des Schuljahres 2012/2013 1271/2014

Die nachfolgenden Statistiken werden zur Kenntnis genommen:

Die Schülerinnen und Schüler der Primarstufe sind mit Abschluss des Schuljahres 2012/2013 zu den folgenden Schulen der Sekundarstufe I gewechselt:

Tabelle 1:

Schule	GGB	GGH	GGW	KGS	Σ Grund- schulen	Quote
Abgänger insg.	64	43	44	49	200	
davon						
a) Schulen (Sek. I) im Stadtgeb.	42	27	26	35	130	65,0%
GHS Gesamtzahl	20	11	7	2		
RS Gesamtzahl	52	19	8	8	17	
WWG Gesamtzahl	58	12	12	18	16	
b) auswärtige Schulen (Sek. I)	22	16	18	14	70	35,0%
GE Eckenhagen	2	8	9	7		
GE Derschlag	16	8	3	4		
Gymnasien GM	3			1		
RSn GM						
SE Drolshagen			2			
SE Olpe						
Gymnasien Olpe			4	1		
Christl. Schulen in GM						
Sonstige	1			1		

Die Schulabgänger der Sekundarstufe I sind zum gleichen Zeitpunkt zu den nachfolgend aufgeführten Schulen gewechselt:

Tabelle 2:

Schule	GHS	RS	WW G	Σ Sek. I - Schulen	Quote
Abgänger insg.	65	85	93	243	
davon					
a) WWG Sek. II		9	86	95	39,1%
b) auswärtige Oberstufen	3	24	1	28	11,5%
GE Eckenhagen		12			
GE Derschlag	3	7	1		
Gymnasien GM		5			
Sonstige Gymnasien					
c) übrige Schulformen Sek. II & Sonstige	62	52	6	120	49,4%
BK Dieringhausen	36	17			
BK Gummersbach	13	9	2		
Höhere Handelsschule		16			
Sonstige BK's (Olpe, Köln, Siegen, etc.)	5	7	1		
nicht berufsschulpfl., FSJ & Sonstige	8	3	3		

Als Gegenüberstellung zur Tabelle 1 haben die drei weiterführenden Schulen in Bergneustadt folgende Einpendlerzahlen in die 5. Klasse:

Tabelle 3:

Schule	GHS	RS	WW G	Σ Sek. I - Schulen
Einpendler insg.	14	10	25	49
davon				
a) aus Gummersbach	6	3	4	
b) aus Reichshof	6	7	20	
c) aus Drolshagen			1	
d) aus sonstigen Gemeinden Oberbergs	2			

### 3. **Anfragen, Anregungen, Hinweise**

Herr D. Grütz regt an, die vorangegangene Mitteilung Nr. 1271/2014 nicht einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern offen zu thematisieren, da die neuerlichen Zahlen Anlass zur Sorge geben. Es erscheint fraglich, ob vor diesem Hintergrund 2 kleine weiterführende Schulen oder allenfalls noch 1 Große in Zukunft Bestand haben wird. Insbesondere solle dies nochmals in der AG Schulentwicklung besprochen werden.

Es wird von Herrn Ehrhardt auf die kommende Sitzung des „Arbeitskreises Flyer“ am Montag, den 17.02.2014 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses aufmerksam gemacht.

Pfarrer Weichert weist darauf hin, da die strukturellen Fragen hinsichtlich der Neuorientierung des Sekundarbereichs I nunmehr geklärt sind, die inhaltliche bzw. pädagogische Ausgestaltung auch in Hinblick auf einen konfessionellen Charakter nicht zu vernachlässigen. Eine entsprechende Beteiligung wird insofern angeboten.

unterz. am:

gesehen am:

---

---

---

In Vertretung

---

Vorsitzender

---

Schriftführer

---

Allg. Vertreter